

Die Friedensverhandlungen in Havanna behandeln seit dem 12. August das Kapitel „Opfer, Versöhnung, Entschädigung“. Dazu sind Gruppen von Opfern der Guerrilla und der Staatsmacht geladen. EL ESPECTADOR (online) veröffentlicht am 11.09.2014 einen Bericht der spanischen Nachrichtenagentur EFE, der schildert, wie die Beteiligung der Opfer stattfindet und was von ihnen vorgebracht wird:

Die kolumbianischen Opfer fordern Feuereinstellung und größere Eile in den Verhandlungen

Allgemein danken die Opfervertreter für das „Klima des Respekts“ und die „Bereitschaft zuzuhören“, die ihnen von den Verhandlungsparteien entgegengebracht werden.

Die zweite Gruppe von Opfern, die an den Friedensgesprächen teilnimmt hat am Mittwoch von beiden Seiten „die sofortige Feuereinstellung“ gefordert, damit die Diskussionen in einem weniger feindseligen Klima vor sich gehen können. Außerdem fordert die Gruppe eine Beschleunigung der Verhandlungen, damit nicht noch weitere Opfer hinzukommen.

Die hob in einer Pressekonferenz Reinel Barbosa hervor, ein junger Mann von 28 Jahren, der Opfer der Vertreibung wurde und infolge von Verletzungen durch eine Landmine im Departement Meta behindert ist. Sein Wohnort lag im Kreuzfeuer bewaffneter Gruppen.....

„In meinem Fall erkannte die FARC an, dass ihre Aktionen viel Leid verursacht haben, und sie hob hervor, derartige bedauerliche und inhumane Handlungen nicht wiederholen zu wollen, erklärte Consuelo González, eine frühere Abgeordnete, die genau heute vor 13 Jahren von der Guerrilla entführt wurde.

González, über fast sieben Jahre Geisel der FARC, bezog sich auf die Polemik über das „unpassende“ Dokument, verfasst von einer FARC-Kämpferin, in dem diese der heutigen Abgeordneten Clara Rojas die Opferrolle abspricht, mit der González zeitweilig zusammen gefangen gehalten wurde. „Wer mit ihr zusammen war, dem ist klar, dass Clara wie alle anderen die Tragödie, die Grausamkeit und die Schrecken der Entführung durchlebte“, sagte sie.

Diese neue Abordnung von Opfern repräsentiert 25000 Opfer gewaltsamer Vertreibungen und 27000 Entführte, also der beiden Ursachen, die die höchsten Opferzahlen verursachten.

Zum Thema der Verschwundenen, also der Personen, die man für tot hält, aber deren Leichen nie gefunden wurden, forderte Gloria Luz Gómez, Vorsitzende der Vereinigung der Angehörigen Entführter und Verschwundener (Asfades), dass die Justiz nicht nur die Suche nach diesen Personen fortsetzen und Verantwortlichkeiten klären, sondern auch garantieren solle, „dass sich diese Taten nicht wiederholen“.

„Die Schäden müssen repariert werden, also die emotionale Wirkung dieses Schreckens. Wir reden nicht über Zahlen, sondern über die Geschichten dahinter“, unterstrich Gómez, Schwester eines Studentenführers, der 1983 von Agenten des Staates gefoltert wurde und verschwand.

Teresita Gaviria, Mutter eines von den Paramilitärs 1998 in Medellín Verschleppten, gab an, sie verlasse Havanna „zufrieden“ aufgrund der Verpflichtung beider Seiten, alle vorhandenen Unterlagen und Daten zur Verfügung zu stellen, damit in derartigen Fällen weiter ermittelt werden kann.

Auch die Opfer der gewaltsamen Vertreibungen kamen zu Wort, also die Vertreten von 5,7 Millionen Menschen im ganzen Land, wobei die Gemeinschaften der indigenen und der afro-kolumbianischen Bürger besonders betroffen waren, wie z.B. Esau Lemus, ein Afro-Kolumbianer aus dem Departement Chocó, der Garantien forderte, dass die Justiz die „Regierungssysteme und internen Regelungen“ dieser Bevölkerungsgruppen respektiere. Der indigene Gouverneur (=Bürgermeister einer indigenen Siedlung, A.d.Ü.) des Awa-Volkes, Gabriel Bisbicuis, betonte, wenn der Konflikt nicht beendet werde, bestünde für 43 indigene Völker die Gefahr des „physischen und kulturellen Verschwindens“, das sich bereits ankündigt hinsichtlich ihrer Lebensweisen und internen Verwaltung. „Wir träumen von einem Kolumbien der Brüderlichkeit.....Wir wollen beitragen zu einem dauerhaften Frieden, der es uns erlaubt, in hohem Alter zu sterben“, führte er aus.

Neun von zwölf Mitgliedern dieser zweiten Opfergruppe sind Frauen, weil diese den höchsten Preis gezahlt haben in mehr als 50 Jahren des Konflikts, der insgesamt 6,5 Millionen Menschen betroffen hat, wie der UNO-Koordinator für Kolumbien Fabrizio Hochschild präziserte.

Frauen stellen mehr als die Hälfte der von gewaltsamer Vertreibung Betroffenen, und sind zudem in vielen Fällen auch Opfer sexueller Gewalt, eines Delikts, das in den Statistiken unterrepräsentiert ist, weil viele Opfer sich scheuen, Anzeige zu erstatten.

„Gar nicht zu reden von der Unzahl von Müttern, die die Ermordung oder das Verschwinden ihrer Kinder erleiden mussten“, hob der UN-Koordinator hervor, der wie auch die Bischofskonferenz die Aufgabe hatte, die Opfervertreter auszuwählen, die in Havanna auftreten. Hochschild unterstrich die Großzügigkeit und Würde dieser Opfer, die, anstatt mit dem Finger auf andere zu zeigen, daran dächten, wie sie ohne Groll zum Frieden beitragen könnten. „Ihre Haltung gibt Hoffnung auf ein Kolumbien, das nicht zur Polarisierung verurteilt ist, sondern in dem der humanitäre Geist obsiegen und der Frieden eintreten kann“, betonte er.